

Volksstimme

44/4. November 1999 •

Oma get your gun!

Die vom Pensionsbeirat vorgeschlagene Pensionserhöhung um 0,4 Prozent wäre für die meisten nicht einmal die Flasche Sekt zum Jahreswechsel.

In Deutschland gibt es eine Hitliste der sprachlichen Mißgriffe, jener Unwörter also, die irgendwie in sind. Nach „ausländerfrei“ und „ethnischen Säuberungen“ der vorangegangenen Jahre wählte eine Jury aus GermanistInnen und JournalistInnen nun die Unworterschöpfung „sozialverträgliches Frühableben“. Was soviel heißt wie: je früher gestorben, desto besser fürs Volksganze. Oder andersrum: je länger gelebt, desto unsozialer.

Solche Unwörter werfen ein Licht auf die Zeit, in der sie geboren werden. Geburtshelfer sind all jene, die im Umgang mit einem Problem ein Problem haben und möglichst rasch eine Lösung, wenn nicht gar eine Endlösung wollen: Wirtschaftslobbies und deren Statthalter, die PolitikerInnen, und deren staatliche Vollzugsorgane, die Ämter, und deren Sprachrohre, die Medien. Wem beim „Problem Ausländer“ zynischerweise Freiheit einfällt oder bei „Ethnie“ Säuberung, dem kommt beim „Pensionsproblem“ auch nur die schnellste Lösung

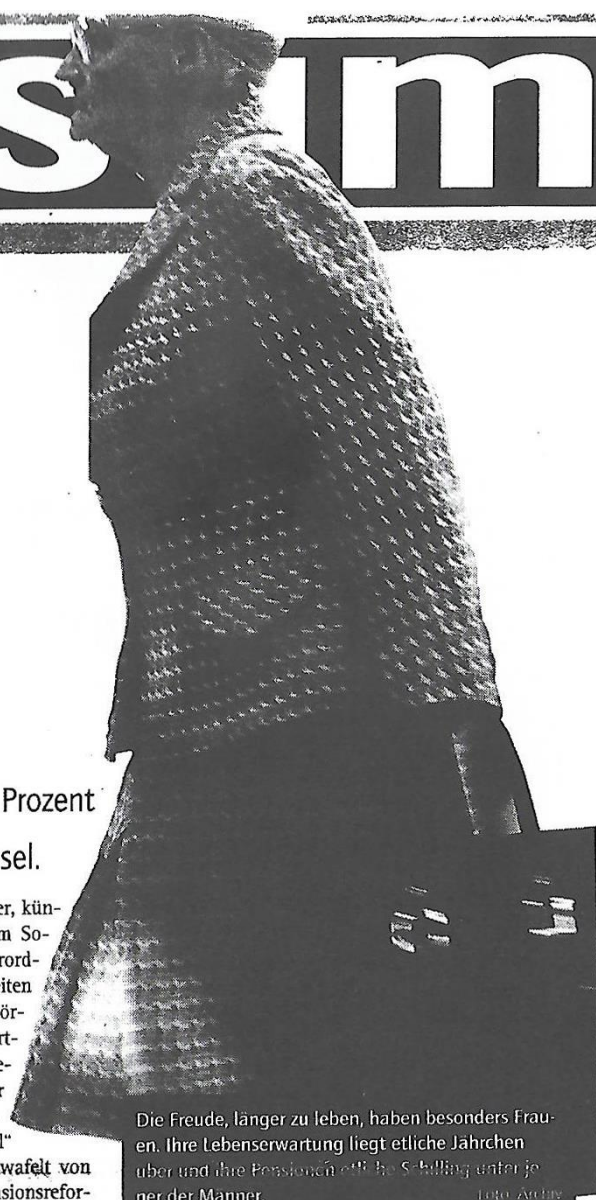
sionen nicht mehr so stark steigen wie bisher, kündigte etwa Friedrich Wirth, Sektionschef im Sozialministerium, an. Eine entsprechende Verordnung sei bereits in Planung. Die Medien bereiten den Stimmungsumschwung vor, der die empörten, von „Normal“arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum ausgeschlossenen Enkel gegen ihre Omas und Opas aufbringen soll. „Der Kampfbegriff von morgen heißt Generationengerechtigkeit“, schreibt etwa „Der Spiegel“ (43/99), und „Der Standard“ (29.10.99) schwafelt von dem hehren „Ziel von Sparpaketen und Pensionsreformen, die Umverteilungsdynamik zu bremsen“.

Welche Umverteilungsdynamik denn? Ach so – ein Zuwachs ist für die Alten nicht vorgesehen“, die „... vor dem eigentlich vorgesehenen Pensionsalter in den noch gar nicht 'wohlverdienten' Ruhestand“ gehen, und das auch noch „gesund und munter“ bei „relativ hoher Pension“. Wo lebt denn eigentlich der Herr „Standard“-

Die Freude, länger zu leben, haben besonders Frauen. Ihre Lebenserwartung liegt etliche Jahrchen über und ihre Pensionen oft tiefer Schilling unter jener der Männer.

Foto: Archiv

Was also tun? Zum Beispiel den Arbeitsmarkt von Frauen/Müttern entsorgen und im Scheidungsfall die Pension zwischen den Ehepartnern teilen, wie es der ÖVP vorschwebt (Bernd Marin: „Warum nur im Fall der Scheidung?“). Oder das Drei-Säulen-Modell einer staatlichen, betrieblichen und privaten Vorsorge anstreben,



beim „Pensionsproblem“ auch nur die schnellste Lösung in den Sinn: Frühableben.

Das Dumme und wohl auch Zweckgerichtete dabei ist, daß man und frau sich an derartige Umgangstone sehr schnell gewöhnt: Aus Unwörtern werden Hauptwörter im täglichen Sprachgebrauch und letztlich Tätigkeitswörter im täglichen Umgang.

Wenn die alten Egoisten die Frechheit haben, dermaßen lange zu leben, dann sollen sie dafür auch gefälligst blechen – so lautet derzeit die umgangssprachliche Devise, für die es einen politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlich untermauerten Konsens herzustellen gilt. Die Kosten der Überalterung der Gesellschaft seien „durch nichts in der Welt wegzuschaffen“, meint zum Beispiel der schon vor Jahren von der Bundesregierung angeheuerte deutsche „Rentenexperte“ Bernd Rürup, auf dessen Anraten das Pensionspaket 1997 geschnürt wurde, das den PensionistInnen ein Aussetzen ihrer Pensionserhöhung und reale Einkommensverluste sowie den künftigen PensionsbezieherInnen eine ganze Latte von Erschwernissen zur Erlangung einer eigenen Pension bescherte. „Pensionisten sollen einen Teil der Freude, länger zu leben, selbst finanzieren“, assistiert ihm der österreichische Sozialforscher Bernd Marin.

Die Freude, länger zu leben, haben besonders Frauen. Ihre Lebenserwartung liegt etliche Jährchen über und ihre Pensionen etliche Schilling unter jener der Männer. Sozusagen als gerechter Ausgleich. So zumindest rechnen die Rürups und Marins in der ihnen eigenen Logik. Die letzten AK-Zahlen belegen (für 1996) eine Durchschnittspension von 7.356 Schilling bei den Arbeiterinnen und bei den weiblichen Angestellten von 12.458 Schilling. Das heißt allerdings: Mehr als die Hälfte der Arbeiterinnen muß monatlich mit weniger als 7.501 Schilling Pensionshöhe auskommen, und bei den weiblichen Angestellten sind es auch immer noch 30 Prozent, die im Alter dermaßen wenig haben. Und das bei einem weiblichen „Normalarbeitsverhältnis“, dessen Beitragsjahre und -leistungen sowieso erst Grundlage für einen eigenen Pensionsanspruch sind. Eine Pensionserhöhung von 0,4 Prozent im Jahr 2000 wäre also noch nicht einmal die Flasche Sekt zum Jahreswechsel.

Dennoch wird gehetzt: gegen langes Leben, gegen Altersgeiz und zu hohe Pensionen, gegen Normalarbeitsverhältnisse und staatliche Vorsorge. Durch die Einrechnung der längeren Lebenserwartung werden Pen-

sion“. Wo lebt denn eigentlich der Herr „Standard“-Conrad Seidl? Ist ihm schon mal jemand über den Weg gelaufen, der/die eine Ausgleichszulage bezieht – also an Pensionshöhe nicht einmal den Richtsatz von 7.992 Schilling als monatliche Lebensgrundlage erreicht? Das sind in Österreich immerhin 259.232 Menschen, vorzugsweise weibliche.

Eben länger arbeiten, lautet das gepriesene Rezept von PolitikerInnen – die selbst ziemlich problemlos und schnell zu einem eigenen Pensionsanspruch kommen und sich selbst erst vor kurzem eine Erhöhung ihrer eigenen Bezüge um 3,33 Prozent genehmigt haben –, gepaart mit anderen Vorschlägen, etwa die Ausweitung der Grundlage der Pensionsberechnung auf das lebenslange Einkommen oder die Senkung der Nettoersatzrate für die Pensionshöhe. Länger arbeiten, wunderschön. Das würden die gesunden Alten wohl auch am liebsten selbst, nicht zuletzt deshalb, weil die letzte Pensionsreform Abschlüsse für den früheren Ruhestand eingebaut hat. Der Jammer ist nur: Es gibt für die arbeitswilligen Alten keine Arbeitsplätze. Ein Blick in die AMS-Statistiken genügt, um die über 50jährigen als eine der größten Problemgruppen am heimischen Arbeitsmarkt auszumachen.

lichen, betrieblichen und privaten Vorsorge anstreben, wie es die FPÖ propagiert. Der Anteil der privaten Vorsorge müßte auf 25 Prozent ansteigen, so Rürup, allerdings dürfe die staatliche Pensionsversicherung keinesfalls selbst Pensionsbeiträge am Kapitalmarkt veranlassen, weil es dabei zu einer Machtkonzentration des Staates kommen würde. Soll heißen: Pensionsfonds werden verstärkt mit den Einlagen der Alten, die sich das leisten können, am Kapitalmarkt spekulieren und der Staat soll für die jämmerlichen Altersarmen jener aufkommen, die sich eine private Vorsorge nicht leisten können. Das werden beim rapiden Zuwachs der ungeschützten Arbeitsverhältnisse immer mehr Menschen sein.

Auf den naheliegenden Gedanken, die Arbeitszeit zu verkürzen, die steigenden Gewinne umzuverteilen und die Früchte der wachsenden Produktivität auch jenen zugute kommen zu lassen, die all das erarbeitet haben, will man erst gar nicht kommen. Profit geht über Leichen. Da will man die Alten aus volkswirtschaftlichen Gründen lieber gleich beim Zentralfriedhof abliefern. Oma get your gun, sie zielen auf dich! Der gezielt provozierte Generationenkonflikt macht, so ist zu befürchten, aus alten Menschen die Juden des 21. Jahrhunderts.

Bärbel Danneberg